

Teilhabe statt Armut! Fachforum zur Armutsprävention in Thüringen

Wie weit ist Thüringen unter Rot-Rot-Grün mit dem großen Thema Armutsprävention gekommen? Wird der Aufruf „Teilhabe statt Armut!“ politisch umgesetzt? Ein gemeinsames Fachforum der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, das im Rahmen der Reihe „Rot-rot-grüne Projekte in Thüringen: Zwischenbilanz und Perspektiven“ am 10. Mai in Erfurt sollte klären, wie weit man gekommen ist auf dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Weg und was noch zu tun bleibt. Nicht zuletzt sollte die Veranstaltung dazu beitragen, Menschen verschiedenster Professionen zu vernetzen.

Zum Auftakt der Veranstaltung formulierte die Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, **Heike Werner**, Thesen zum Thema „Armutsprävention in Thüringen als politischer Auftrag“. Armut sei ein Problem, 18,9 % der Menschen in Thüringen seien von Armut bedroht. Da müsse man hinschauen, das dürfe man nicht relativieren und auch nicht lediglich quantitativ betrachten, konstatierte sie und stellte klar: „Politik muss auch handeln!“ Dieser Auftrag erwachse aus dem Recht des Einzelnen auf ein würdevolles Leben und der Aufgabe des Staates, Diskriminierungen vorzubeugen und Teilhabe für alle zu ermöglichen. Außerdem sei Armutsprävention eine Frage des sozialen Friedens. „Daran hängt auch die Perspektive und Zukunft eines Landes“, so Heike Werner und erwähnte als Stichworte „vererbte Armut“ und „regionale Ungleichheiten“. Die politischen Handlungsfelder seien vielfältig und reichten vom Einsatz auf Bundesebene für Verteilungsgerechtigkeit und eine neue Steuerpolitik über die Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse (Minijobs, Leiharbeit) und damit verbundener Einkommens- und Rentenarmut bis hin zu den Debatten um Regelsätze und Sanktionen bei Hartz IV und eine soziale Mietpolitik. Die Entlohnung von Frauen sei ein wichtiger Punkt. Werner: „Armut hat auch ein weibliches Gesicht“.

Bei alldem seien dem politischen Handeln auch immer gewisse Grenzen gesetzt, zum Beispiel durch die Tarifautonomie. Werner betonte, dass der Zugang zu Erwerbsarbeit kein Allheilmittel gegen Armut sei. Ebenso bedeutsam sei soziale Integration der Menschen, die Ermöglichung von Teilhabe in allen Lebensbereichen - von der medizinischen Versorgung über die Mobilität bis hin zum Wohnen. Man müsse ganz konkret auf Zielgruppen schauen: auf Frauen, Alleinerziehende oder Flüchtlinge beispielsweise. Und: „Kinder brauchen rechtzeitig entsprechende Unterstützungsmaßnahmen.“ Schließlich schloss Heike Werner mit dem Fazit: „Vor Ort kennt man den Bedarf am besten. Wir brauchen Förderprogramme vor Ort, die auf einer genauen Analyse der Lebenslagen der betroffenen Menschen gründen.“

Zum Thema „Schicksal Armut? Auswege und ihre Bedingungen“ sprach **Michael Klundt** von der Hochschule Magdeburg-Stendal. Der Professor für Kinderpolitik an der Hochschule Magdeburg-Stendal stellte den Umgang der Bundespolitik mit dem Thema Armut von 2008 bis 2014 ungeschönt dar und unterlegte ihn mit Zahlen, Zitaten und wissenschaftlichen Untersuchungen (siehe Power Point Präsentation im Anhang). Er zeigte auf, wie der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Armutszahlen künstlich sinken lässt. Statt die Armutsgefährdungsquote (die bei unter 60 Prozent des Medianeinkommens eines Landes liegt) als Maßstab zu verwenden, wird das Konzept der sogenannten „materiellen Deprivation“ herangezogen, wonach nur als arm gilt, wer Entbehrungen bei drei von neun willkürlich festgelegten Bereichen bzw. Gütern erleidet.

Für Michael Klundt sind sowohl solche Schönrechnereien („Als wirklich arm gilt quasi nur noch, wer kurz vorm Verhungern ist.“) als auch polarisierendes und stigmatisierendes Reden über Armut ein Skandal. Es sei mittlerweile politisch Gang und Gäbe, Bedingungen und Folgen von Armut zu ignorieren, zu beschönigen oder zu bagatellisieren. Er hat deshalb in Zusammenarbeit mit der Ro-

sa-Luxemburg-Stiftung (RLS) eine Studie erstellt, die aufzeigt, dass Armut ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das auch nur so gelöst werden kann. Nicht nur absolute Armut sei das Problem – bereits die relative, also im Vergleich zur entsprechenden Vergleichsgruppe vorhandene, Armut grenzt Menschen aus und isoliert sie. Arme Menschen haben keine politische Repräsentation. Ihr Schicksal wird in aller Regel individualisiert und dabei fälschlicherweise der Anlass mit der Ursache gleichgesetzt (Klundt: „Allererziehend sein muss nicht per se ein Armutsrisiko sein!“) und damit der Bedarf für ein gesamtgesellschaftliches Anti-Armuts-Programm weggewischt.

Klundt betonte, dass mit der Agenda 2010 und insbesondere Hartz IV mehr soziale Ungerechtigkeit geschaffen werden sollte: „Diese Maßnahmen sind nicht vom Himmel gefallen, sondern klar erarbeitet.“ Und: „Heute haben die unteren 40% der Bevölkerung weniger Einkommen als 1999.“ Während das Bruttoinlandsprodukt um 22% gestiegen sei, stiegen die Löhne im Durchschnitt um 12%. Heute gäbe es zwar mehr Erwerbstätige, aber eben auch erwerbstätige Arme, nicht mehr nur arbeitslose Arme.

Dabei gäbe es, so Michael Klundt, klare Maßnahmen, die zur Armutsprävention nötig seien und aus der Armutsfalle herausführten: Besteuerung des Reichtums, Erhöhung des Mindestlohnes, Kindergrundsicherung, Zurückdrängen der prekären Beschäftigung und Stärkung der Gewerkschaften.

Als Bedingungen, die solche Auswege erst möglich machen, gab er der Politik mit auf den Weg:

- Keine Verharmlosung der Erscheinungen
- Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen und psychosozialen Folgen
- Sozialökonomische Hintergründe wie die Steuerpolitik in den Blick nehmen und Armut bekämpfen – nicht arme Menschen!
- Auf allen Ebenen um Alternativen ringen – beispielsweise durch die Einrichtung von runden Tischen

→ [Zur Studie „Kinderarmut und Reichtum in Deutschland“ \(2017\) von Michael Klundt](#)

Um „Wege aus der Armut - Ein kritischer Blick auf Thüringen“ ging es im nächsten Beitrag, dem Vortrag von **Ronald Lutz**. Der Professor an der Fakultät Soziale Arbeit der Fachhochschule Erfurt stellte zu Beginn fest: „Wir reden seit 23 Jahren über Armut. Armut hat in diesem Zeitraum ihren Schrecken verloren, sie wird normalisiert. Jugendarmut wird nur am Rande erwähnt, über Altersarmut redet man gar nicht mehr.“ Es gebe einen ständigen Spagat zwischen Armutslinderung und Armutsprävention, und durchaus auch den Ansatz, arme Kinder und Jugendliche nicht ausschließlich als Anhängsel armer Familien zu sehen. Und weiter: „Wir kennen die Mittel, aber es passiert nichts. Ich frage mich, warum? Ich weiß es nicht.“

„Wir benötigen einen langen Atem und einen politischen Willen“, betonte Lutz unter Verweis auf das auch von ihm unterzeichnete „Gemeinsame soziale Wort zur Kinderarmut in Thüringen“ von 2008. Er stellte fest: „Thüringen geht einen interessanten eigenen Weg. Maßnahmen, die im kommunalen Bereich anfangen, auf individuelle Armutslagen vor Ort eingehen und Unterstützung für von Ausgrenzung bedrohte Menschen organisieren helfen, halte ich für sehr wichtig. TIZIAN [das Landesprogramm *Thüringer Initiative zur Integration und Armutsbekämpfung mit Nachhaltigkeit*] finde ich gut. Dieses Land geht in der Tat einen eigenen Weg.“ Aber: „Ich frage mich sehr wohl folgendes: Gehen diese Wege nach Auslaufen der Förderung tatsächlich weiter? Kann man mit regionalen Lösungen Armut wirksam bekämpfen?“ Thüringen sei hier zwar Vorreiter, aber aus Thüringen heraus werde es keine Veränderung derjenigen sozialen Strukturen geben, die Armut verursachen.

Vom Ziel der tatsächlichen Armutsbekämpfung ist auch Thüringen noch weit entfernt. Prof. Lutz wies darauf hin, dass die Kinderarmut in Thüringen seit 2011 zwar rückläufig sei. Aber die SGB-II-

Quote sei nicht das alleinige Maß. „Die Armutsquote in Thüringen hat sich auf hohem Niveau stabilisiert“, nämlich von 15% auf 13%. Ursache dafür sei nicht – wie manchmal behauptet – die Zuwanderung, sondern die schwache Entwicklung am Arbeitsmarkt. Betroffen seien insbesondere Alleinerziehende, Familien mit mehr Kindern und Rentner*innen. Jugendarmut werde nach dem Motto „Die sind doch selber schuld!“ individualisiert. Es müsse damit gerechnet werden, dass 2030 ein Drittel der Rentner*innen arm sein werde. Er konstatierte weiter: „Der Abstand zwischen den alten und den neuen Ländern vergrößert sich zur Zeit wieder. Jugendarmut bedarf einer eigenständigen Betrachtung. Altersarmut wächst und wächst. Trotz positiver Entwicklungen gibt es keine Entspannung.“

Was kann man tun? „Entscheidend ist die Bearbeitung der Ursachen. Die Entwicklung der Armut scheint sich komplett von der des gesamtgesellschaftlichen Reichtums abgekoppelt zu haben. Wir brauchen eine rigorose Umverteilung von oben nach unten. Einen anderen Weg sehe ich nicht.“ Ist also das Thüringer Modell ein Kampf gegen Windmühlenflügel? Das Problem - so Lutz - sei, über Legislaturperioden hinweg zu denken: „Ich sehe keinen politischen Willen in Deutschland, die Bildungschancen armer Kinder zu erhöhen. Ich bin ein Vertreter der Kindergrundsicherung von 573 Euro/Monat/Kind und ich bin durchaus ein Fan des Grundeinkommens.“

Lutz' Fazit lautet: „Wir brauchen ein Bekenntnis zu mehr Gerechtigkeit. Wir brauchen ein Mehr an Forschung und eine öffentliche Debatte darüber, was es tatsächlich heißt, arm zu sein. Wir brauchen eine Abkehr vom Effizienzdenken und eine Rückkehr zum politischen Denken.“

→ [Zum Beitrag von Ronald Lutz](#)

Nach diesen Einführungsreden hatten die Teilnehmer*innen des Fachforums die Gelegenheit, an diversen Thementischen gemeinsam Thesen und Gedanken zusammenzustellen. Dabei kamen interessante Diskussionen zwischen Politiker*innen, Praktiker*innen, Betroffenen und Mitarbeiter*innen aus Einrichtungen und Sozialprojekten und Trägern vor Ort zustande, in denen nicht nur Fragen gestellt und persönliche Erfahrungen ausgetauscht, sondern auch Missverständnisse ausgeräumt wurden.

Ein Fazit von den Arbeitstischen gaben im Anschluss die Moderator*innen der Thementische.

Karola Stange (MdL, Die Linke) berichtete aus der Arbeitsgruppe **„Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, die Armut verhindern können“**. Ein wichtiges Thema war hier unter anderem die Forderung nach Verstetigung öffentlicher Beschäftigungsverhältnisse. Doch Beschäftigung sollte neu definiert werden. Erwerbstätigkeit sei nicht das Non-plus-ultra. Die Menschen wollten sich selbst verwirklichen und der Gesellschaft ein Stück zurückgeben. Beschäftigung sei nicht gleich Arbeit, weshalb die Idee des existenzsichernden Grundeinkommens bedacht werden sollte. Folgende Thesen betonte Karola Stange besonders: „Wir brauchen unbedingt eine öffentlich geförderte Gemeinwohlarbeit, die verstetigt werden muss. Die Arbeitsbedingungen vor Ort müssen verbessert werden mit Gesundheitsmanagement und ohne psychischen Druck bei der Arbeit. Des Weiteren brauchen wir einen Mindestlohn, der das Wort wirklich verdient, heißt zwölf Euro pro Stunde. Die Mobilität für Azubis muss verbessert werden und prekäre Beschäftigungsverhältnisse gehören abgeschafft.“

„Soziale Integration statt Isolation und Ausgrenzung“ sowie **„Bildungsgerechtigkeit und Armutsvermeidung“** waren die Themen am Tisch von **Tino Gassmann** (Bündnis 90/Die Grünen), der folgende Stichpunkte aus der Debatte nannte: Integration durch Bildung, inklusive Schule, Vernetzung, Wirksamkeit („Ist das, was passiert, auch wirksam?“). Eine der zentralen Fragen sei hier: Wie kann man Menschen erreichen, die sich ausgegrenzt fühlen? Hier sollten sich Eltern-Kind-Zentren, Kitas und Schulen in den Sozialraum öffnen. Außerdem müsse man den Menschen Anerkennung

entgegenbringen und sich bemühen, einen Kontakt herzustellen, ohne die Menschen zu stigmatisieren.

Babett Pfefferlein (MdL, Bündnis 90/Die Grünen) leitete den Arbeitstisch „**Kinder stark machen – Armutskreisläufe durchbrechen**“. „Was muss sich in der Kita ändern?“ wurde hier gefragt. Die Antwort: „Wir brauchen einen anderen Betreuungsschlüssel.“ Für Eltern sollte das Wunsch- und Wahlrecht gelten. Eltern müssten gestärkt werden, denn: „Damit stärkt man die Kinder“, so Pfefferlein. Auch der Beruf der Erzieherin müsse gestärkt werden. Und: Offene Kinder- und Jugendarbeit sollte keine freiwillige Leistung sein, denn hier brauche es Planungssicherheit.

Roswitha Schmeller (Geschäftsführerin von OTEGAU in Gera) fasste die Diskussion ihres Thematischen „**Kommunale Kompetenzen und Erfahrungen**“ zusammen. Man konstatierte, dass es auf diesem Gebiet zwar auf der einen Seite viele Projekte wie beispielsweise TIZIAN oder TIZIAN+ gäbe, diese seien jedoch im Unterschied zu den Problemen, gegen die sie antreten, endlich. Die Hürden bei der Koordination mit den Kommunen seien teilweise recht hoch. Das beginne schon mit der Frage: „Welche Maßnahme will ich auf den Weg bringen, um Armutsprävention zu erreichen?“ Außerdem fehle es an Geld und Mitarbeiter*innen, und es sei schwierig, aus der Analyse der erhobenen Daten konkrete Maßnahmen zu entwickeln. So müsse man sich fragen: „Was haben wir in der Region? Wo sind Lücken? Was ist zu tun? Ämter müssen interdisziplinär zusammenarbeiten. Wichtig ist der Blick über den Tellerrand.“ Zusammenfassend hob Roswitha Schmeller folgendes hervor: Man müsse Präventionsketten schaffen, Doppelstrukturen abbauen, lokale Verbände bilden und bedarfsgerecht agieren.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine von der Journalistin **Blanka Weber** moderierte Diskussion, deren übergeordnete Frage lautete: Wie geht es weiter?

Die erste Frage richtete sich an Sozialministerin **Heike Werner**: Wie können wir Menschen erreichen? Ihre Antwort: „Es gibt ja ganz viele Menschen, die engagiert sind. Das sehen wir heute hier. Das Bedürfnis, an dem Problem der Armut zu arbeiten, ist da, nicht nur von Menschen, die selbst betroffen sind.“

Der Abteilungsleiter der Abteilung „Arbeit und Qualifizierung“ des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Prof. Dr. **Michael Behr**, meinte zum Thema Arbeitslosigkeit: „Wir haben einen unglaublichen Rückgang der Arbeitslosigkeit und auch von SGB-II-Empfängern. Hartz IV sollte keine Dauereinrichtung sein, sondern nur für eine gewisse Zeit gebraucht werden. Worüber ich mich freue, ist, dass es uns in Thüringen noch mehr gelungen ist, die Arbeitslosigkeit zu senken. Immer mehr Menschen in Thüringen sind in der Lage, von ihrer Erwerbstätigkeit zu leben. Sachsen und Thüringen sind die beiden Bundesländer mit den höchsten Beschäftigungsquoten an sozialversicherungspflichtiger Arbeit.“ Gleichzeitig dürfe man nicht die Augen vor folgender Tatsache verschließen: „Thüringen ist das Land mit den psychisch belastendsten Arbeitszeiten. Und: Wir brauchen eine Entprekariisierung des Arbeitsmarktes.“ Zu schwache Tarifbindung und schwache Betriebsräte sowie zu viele Überbleibsel einer Unternehmermentalität aus der Mitte der 1990er Jahre seien hier ein Hindernis.

Die nächste Frage richtete sich an **Michael Klundt**: „Welchen Aspekt würden Sie verstärken?“ Er antwortete: „Erstens: 200 Milliarden Euro werden ungefähr für die Familienförderung ausgegeben. Das oberste Zehntel bekommt aus diesem Topf dreizehn Prozent, das unterste Zehntel bekommt sieben Prozent. Die momentanen Förderinstrumente funktionieren nach dem Matthäus-Prinzip: ‚Wer hat, dem wird gegeben‘ und fördern die Wohlhabenden besonders. Zweitens: Das Bildungssystem verstärkt die soziale Ungleichheit. So bekommen Schulen in sozialen Brennpunkten weniger Geld. Auch bei der frühkindlichen Bildung darf es nicht sein, dass nur die reichen Gemeinden sehr gute Bedingungen haben.“ Klundt kritisierte gleichzeitig das vorgeblich im Namen

der Zukunft von Kindern propagierte Feindbild der angeblich „gierigen Alten“. Vernetzung hält er für einen sehr wichtigen Ansatz.

Roland Lutz gab folgendes zu bedenken: „Wir dürfen nicht nur die Folgen von Armut lindern. Thüringen könnte, wenn es so weitergeht, eines der Länder mit der höchsten Altersarmut werden. Der Sockel der Langzeitarbeitslosen wird seit Jahren nicht geringer.“ Bildungssysteme müssten gestärkt, Investitionen dorthin umgesteuert werden, wo sie am Nötigsten seien. Ämter würden zum Teil gegeneinander arbeiten, während eigentlich ihre Vernetzung nötig wäre. Das an der Fachhochschule erarbeitete Konzept für eine integrierte Sozialraumplanung der Stadt Erfurt liege seit 2008 in der Schublade. Sozialministerin **Heike Werner** ging darauf ein: „Wir machen genau das, was Professor Lutz uns vorgeschlagen hat. Wir müssen weg vom Ressortdenken der Ämter.“ Nicht das Gießkannenprinzip helfe, sondern man müsse schauen, wo es besonders viele Menschen gibt, die von Armut betroffen seien. Auch von einem Kooperationsangebot im Bereich des Bildungssystems seien wir noch weit entfernt.

Auf die aus dem Publikum gestellte Frage „Wie können wir Arbeitsplätze schaffen?“ antwortete **Michael Behr**: „Arbeitsplätze entstehen in der Wirtschaft. Aber: Viele Menschen hätten wir nie in Beschäftigung gebracht, wenn wir nicht eine Ermutigungsstrategie gefahren hätten, zum Beispiel mit TIZIAN. Wir haben in dieser Hinsicht eine gute Infrastruktur. Seit Rot-rot-grün die Regierung stellt, ist die Langzeitarbeitslosigkeit um 25% zurückgegangen – stärker als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Daran arbeiten wir weiter. Ich bleibe deswegen optimistisch, weil wir eine gute Entwicklung haben.“ Hier widersprach **Roland Lutz** und wandte ein: „Wir brauchen einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt.“ Er stellte an Michael Behr auch die Frage, was er der zunehmenden Digitalisierung, in deren Folge bis zu 40% der Arbeitsplätze wegfielen, entgegensetzen wolle. Darauf erwiderte **Michael Behr**: „Wir sind ein bisschen Vorbild, dieses kleine Thüringen.“ Doch: „Wir kriegen eine bestimmte Gruppe nicht in Beschäftigung, auch, wenn wir versuchen, für jede Gruppe eine Beschäftigung zu schaffen. Dabei ist ‚öffentlich gefördert‘ immer der zweitbeste Weg.“ Auf die Frage nach der Digitalisierung entgegnete er: „Ich glaube nicht, dass 40% der Arbeitsplätze durch Digitalisierung wegfallen. Wir sind auch Nutznießer der Digitalisierung. Wir können endlich mit zwei Tabus auf dem Arbeitsmarkt brechen: „Bloß keine Ausländer!“ und „Bloß keine Investitionen, die Arbeitsplätze ersetzen!“

Die Veranstaltung endete mit folgenden Statements der Diskussionsteilnehmer*innen:

Roland Lutz: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt. Wir brauchen neue soziale Bewegungen!“

Michael Klundt: „Wir müssen über drei Punkte immer wieder reden: Erstens über das Existenzminimum und die Frage, wie es bestimmt wird, zweitens über eine Familienförderung und drittens über den Bereich der Anlaufstellen: wie können wir diese bündeln?“

Roswitha Schmeller: „Kürzungen werden am Ende immer nur teurer bezahlt. Wenn wir an einer Stelle sparen, zahlen wir woanders drauf. Ressortübergreifendes Denken ist nötig!“

Karola Stange: „Wir brauchen mehr solcher Veranstaltungen. Der Armutspräventionsantrag wird jetzt im Landesparlament an die Ausschüsse überwiesen, im 2. Halbjahr wird es dazu Anhörungen geben. Es muss weiter und konkreter diskutiert werden, und entsprechende Maßnahmen müssen noch 2018 und 2019 auf den Weg gebracht werden.“

Tino Gassmann sagte: „Es ist deutlich geworden, dass der politische Wille da ist. Wir müssen insbesondere das Bildungssystem stärken. Der Wille ist da, der Weg ist schwer und wir geben nicht auf.“

Babett Pfefferlein hob hervor: „Unnötige Doppelstrukturen müssen überwunden werden. Wir müssen die Kommunen weiter stärken und ehrlich damit umgehen, dass es einen zweiten Arbeitsmarkt in Thüringen gibt.“

Michael Behr: „Gegen Armut, gegen soziale Ausgrenzung, gegen soziale Ungleichheit kann man sich nicht genug engagieren. Es muss auch dazugehören, dass wir in Thüringen den Paradigmenwechsel von Ausgrenzung hin zu einer Kultur der Integration hinkriegen. Man muss positive Dinge zur Kenntnis nehmen und sagen: Das haben wir erreicht. Erfolge müssen auch gefeiert werden dürfen. Von dieser Basis aus kann man weiterarbeiten.“

Das Schlusswort der Sozialministerin Heike Werner lautete: „Es muss einen sozialen Arbeitsmarkt geben. Gemeinorientierte Beschäftigungen müssen ausgeweitet und verstetigt werden. Das ist eine Win-Win-Situation, eine unheimliche Bereicherung für alle. Wir müssen die strategische Sozialplanung vor Ort mit dem Land verknüpfen und die Familienzentren mit den Schulen usw. verknüpfen.“

Die Teilnehmer*innen des Fachforums gaben und bekamen Anregungen für weitere Schritte der Armutsprävention. Doch auch das wurde deutlich: Im Alleingang kann Thüringen die Armut nicht bekämpfen, dazu braucht es den politischen Willen und konkrete Maßnahmen der Bundespolitik.

Carmen Fiedler, Vera Haney